

DIE LINKE.

in Karben

**Wenn Schildbürger
Klimapolitik
machen**

Schade, dass die Stadt Karben beim Klimaschutz wieder den Rückwärtsgang eingelegt hat!

Im Jahr 2017 wurde für den öffentlichen innerstädtischen Verkehr das 1-Euro-Ticket eingeführt. Der Parkplatz am Bahnhof war gebührenfrei.

Weiter auf Seite 2

Keine Flächenversiegelung für Luxuswohnungen, die Karben nicht braucht

In Karben werden bezahlbare Mietwohnungen gebraucht. Dafür streitet DIE LINKE. seit Jahren. Bisher entstanden viel zu viele teure Luxus-Eigentumswohnungen, gebaut von privaten Investoren. Oder es wurden Flächen für den Bau von Einfamilienhäusern ausgewiesen. Nur langsam ändert sich die Wohnungspolitik der CDU. Eine große Offensive für bezahlbaren Wohnraum ist längst überfällig!

Fortsetzung auf Seite 3

**Kommunalwahl
am 14. März 2021**

**In Karben
und im
Wetterau-
kreis
DIE LINKE.
wählen!**

Auf der linken Liste in Karben kandidieren 17 Personen.

Seite 2



Uwe Maag
41 Jahre, Angestellter, wohnt in Klein-Karben und setzt sich als Stadtverordneter für bezahlbaren Wohnraum ein.



Gabi Faulhaber
67 Jahre, Förderschullehrerin i.R. aus Petterweil. Im Kreistag arbeitet sie gegen Sozialabbau und Privatisierungen.

Fortsetzung von Seite 1

17 Kandidat:innen für Karben:

- Uwe Maag (Klein-Karben),
- Gabi Faulhaber (Petterweil),
- Iris Reul (Petterweil)
- Thomas Merten (Okarben)
- Stefanie Maag (Groß-Karben)
- Karlheinz Hofmann (Petterweil)
- Marlies Wagner (Petterweil)
- Dr. Stefan Kalkowski (Groß-Karben)
- Ute Geyer (Petterweil)
- Malte Frömchen (Petterweil)
- Dr. Kerstin Bach (Petterweil)
- Reinhard Tschauder (Groß-Karben)
- Gabi Stechemesser (Petterweil)
- Rolf Ochs (Okarben)
- Anna B. Kalkowski (Groß-Karben)
- Louis Kiefer (Groß-Karben)
- Maria Fast (Klein-Karben).

Fortsetzung von Seite 1

Wenn Schildbürger Klimapolitik machen

Das waren erfreuliche Entscheidungen der Politik für den Klimaschutz! Doch zum Jahresende 2019 schaffte die Stadt die 1-Euro-Tickets wieder ab. Es war nämlich genau das passiert, was eigentlich beabsichtigt war: Die Fahrgastzahlen stiegen um 40 Prozent. Die Leute ließen ihr Auto stehen und benutzten den Bus. Die Stadt erschrak vor diesem Erfolg und erhöhte die Fahrpreise wieder auf 1,50 Euro. Ab Juni 2019 führte die

Stadt auch noch Parkgebühren für den Bahnhofsparkplatz ein. Man wollte erreichen, dass dort nicht mehr so viele Autos parken. Unglaublich! Statt sich zu freuen, dass so viele Bürger:innen den individuellen Autoverkehr einschränken, macht man alles wieder unattraktiv. DIE LINKE. hat als einzige Partei diesen Schildbürgerstreich abgelehnt. **DIE LINKE. will Klimaschutz vor Ort! Das heißt: Erweiterung der Parkmöglichkeiten am Bahnhof statt Parkgebühren! Wiedereinführung des Ein-Euro-Tickets und mittelfristig Nulltarif!**

Man könnte ja auch die Wohnpolitik Konrad Adenauers wiederholen...

Als das Mietrecht in der Nachkriegszeit beschlossen wurde, bedeutete das faktisch ein Verbot für Mietkündigungen. Außerdem wurde das Mietniveau staatlich festgelegt. Leerstand durfte es nicht geben. Wohnungssuchende wurden von der staatlichen Verwaltung einquartiert. Auch der soziale Wohnungsbau wurde stark gefördert, obwohl weniger Geld da war als heutzutage. Der Versuch, die Wohnungspolitik Adenauers heute zu wiederholen, würde von der CDU wahrscheinlich als Sozialismus oder DDR 2.0 bezeichnet werden. Das zeigt, wie weit sich das politische Kräfteverhältnis nach rechts verschoben hat.

Fortsetzung von Seite 1

Keine Flächenversiegelung für Luxuswohnungen, die Karben nicht braucht

Jetzt endlich sollen im Karbener Stadtzentrum 150 Wohnungen entstehen, die von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften errichtet werden. Fünfzig davon sollen Sozialwohnungen sein. Nur mit viel Druck und Öffentlichkeitsarbeit hat sich die CDU langsam bewegt. Doch so gut sich das an-

hört: Es reicht nicht. In der Vergangenheit sind etwa hundert städtische Sozialwohnungen verkauft worden. Jetzt entstehen fünfzig neue. Damit ist noch nicht mal der Verlust ausgeglichen! Um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu überwinden, braucht es eine Mindestquote von 30 Pro-

zent Sozialwohnungen in jedem Neubaugebiet. Die Stadt muss ihren Wohnungsbestand kontinuierlich ausbauen. Es müssen Mietwohnungen entstehen und nicht überwiegend Einfamilienhäuser und Luxus-Eigentumswohnungen! Nur damit kann den Miethaaien die rote Karte gezeigt werden! **Und trotz des Bedarfs an Neubauten sollen Grünflächen nur sehr sparsam versiegelt werden! Es muss in die Höhe gebaut werden und nicht in die Fläche.**



Eigenheim statt Miete? Karben ist für Normal- und Geringverdiener:innen ein teures Pflaster!

Luftfilter in Klassen und Schulbussen

Trotz der hohen Infektionszahlen gibt es kein Konzept des Kultusministeriums für die Hessischen Schulen. Auch wenn Kinder nicht so schnell krank werden: Überträger des Virus sind sie allemal! Es ist daher jetzt dringend notwendig, Klassenräume und Schulbusse mit Luftfiltern auszustatten und auch die Lerngruppen zu verkleinern.

DIE LINKE, sieht auch die Stadt Karben in der Verantwortung!

Der Bund, das Land, der Wetteraukreis als Schulträger und die Stadt Karben: Zusammen müssen Investitionen in den Gesundheitsschutz gestemmt werden!



Herausgeber:
DIE LINKE. Wetterau
ViSdP.: Uwe Maag
Klein-Karben
e-mail:
maagdielinkekarben
@gmail.com
Besuchen Sie uns:
www.die-linke-
wetterau.de

Reichtum und Armut:

Wer bezahlt die Krise?

Die Corona-Krise trifft nicht alle gleich. Es gibt Krisengewinner und Krisenverlierer. Für die 2189 Milliarden weltweit war das Pandemiejahr ein Rekordjahr: Ihre Vermögen sind bis Juli 2020 um 8,7 Billionen (!) Euro gewachsen. Das ist mehr als die Wirtschaftsleistung unseres Landes 2019: knapp 3,5 Billionen Euro (Quelle: UBS, PwC). In Deutschland stieg das Nettovermögen der Ultrareichen von 415,7 Milliarden auf 493,8 Milliarden Euro. Der Club der Superreichen wuchs seitdem von 114 auf 119 Mitglieder. Gleichzeitig sind große Teile der arbeitenden Bevölkerung von Armut bedroht, weil sie entweder auf Kurzarbeit sind, keinen (ausreichend bezahlten) Job finden oder ihr kleines Geschäft zumachen müssen. Die Corona-Politik subventioniert die großen Unternehmen und verschärft die soziale Ungleichheit.

Die Frage der Pandemiebekämpfung ist auch eine soziale Frage: Wer zahlt

für die Krise? Wer profitiert davon? Deshalb jetzt:

Corona-Solidaritätsabgaben auf große Vermögen!



Wir wollen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer! Und auch reiche Erbschaften müssen angemessen besteuert werden! Es braucht Druck, um diese Forderungen durchzusetzen. Und auf gar keinen Fall nützt ein Geklüngel der Gewerkschaften mit den neoliberalen Grünen!

Auch die Karbener Politiker: innen müssen gegen die anwachsende Armut etwas tun: Mit einer sozialen Wohnungspolitik, einem Sozialpass, und einer gerechten Gebührenstaffelung.